



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Waldmann, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Florian Ritter, Doris Rauscher, Ruth Müller, Natascha Kohnen, Annette Karl, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Martina Fehlner, Michael Busch, Florian von Brunn, Inge Aures, Klaus Adelt SPD**

Globalisierung fair gestalten: Lieferkettengesetz jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich im Bund für ein Lieferkettengesetz stark zu machen, mit dem Unternehmen dazu verpflichtet werden, sich an Menschenrechte und Umweltstandards zu halten,
- die Mitwirkung Bayerns an der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 zu nutzen, um gemeinsame Standards sowie einen europäischen Rechtsrahmen für ökologische, soziale und menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in Lieferketten zu schaffen,
- in Bayern ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien im Vergaberecht, im Bereich der öffentlichen Beschaffung sowie bei Unternehmensbeteiligungen verbindlich festzuschreiben und damit der staatlichen Vorbildfunktion gerecht zu werden.

Begründung:

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sich die Weltgemeinschaft zum Ziel gesetzt, menschenwürdige Arbeit für alle zu fördern, Kinderarbeit bis 2025 und Zwangsarbeit bis 2030 zu überwinden. Diese ehrgeizigen Ziele können wir nur mit zusätzlichen Anstrengungen erreichen.

Die Liste der Länder ist lang, in denen Hungerlöhne gezahlt werden, Arbeitsschutz vernachlässigt, die Umwelt zerstört oder Gewerkschaftsrechte missachtet werden. 1,4 Mrd. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten weltweit unter menschenunwürdigen Bedingungen – das entspricht der Bevölkerung Chinas. Rund 25 Mio. Menschen sind Opfer von Zwangsarbeit und Sklaverei. 152 Mio. Kinder werden weltweit gezwungen, zu arbeiten, weil der Lohn der Eltern nicht reicht – etwa in den Goldminen von Burkina Faso, als Textilarbeiter in Bangladesch oder auf Kakaoplantagen in der Elfenbeinküste. Die Hälfte von ihnen ist jünger als 12 Jahre.

Eine Befragung im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte durch die Bundesregierung hat ergeben, dass Freiwilligkeit nicht ausreicht: In Deutschland sind es weniger als 20 Prozent der hier ansässigen Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten, die in angemessener Weise dem Menschenrechtsschutz in ihren globalen Wertschöpfungsketten nachkommen.

Drei von vier Deutschen sprechen sich für ein Lieferkettengesetz aus. Das hat eine aktuelle Umfrage (September 2020) von Infratest dimap im Auftrag der Initiative Lieferkettengesetz ergeben. 91 Prozent der bei der Umfrage Befragten gaben außerdem an,

dass es Aufgabe der Politik sei, dafür zu sorgen, dass deutsche Unternehmen auch bei ihren Auslandsgeschäften Menschenrechte und Sozialstandards achten.

Von den Kirchen kommt ebenfalls Rückenwind für ein Gesetz. Im Juli dieses Jahres haben sich 110 Bischöfe aus 31 Ländern für eine gesetzliche Regelung ausgesprochen. Sie schreiben: „Mehr denn je muss heute die Erfüllung der Sorgfaltspflicht in Lieferketten verpflichtend sein, um unternehmerischen Missbrauch zu unterbinden und weltweite Solidarität zu gewährleisten.“ In seiner jüngst veröffentlichten Sozialzyklika „Fratelli tutti – Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft“, dem dritten großen Lehrschreiben von Papst Franziskus, schreibt dieser: „Entwicklung darf nicht die wachsende Bereicherung einiger weniger zum Ziel haben, sondern muss die persönlichen und gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Menschenrechte, die Rechte der Nationen und Völker eingeschlossen gewährleisten. Das Recht einiger auf Unternehmens- oder Marktfreiheit kann nicht über den Rechten der Völker und der Würde der Armen stehen und auch nicht über der Achtung für die Schöpfung, denn wenn sich jemand etwas aneignet, dann nur, um es zum Wohl aller zu verwalten.“

Bayern gehört als Region im Herzen Europas zu den europäischen Volkswirtschaften mit den höchsten Import- und Exportanteilen. Es entspricht unserer Verantwortung als starker Handels- und Industrieregion, dazu beizutragen, dass die Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern, mit denen wir Handel treiben, menschenwürdig sind. Nur so können wir überzeugend für einen offenen Welthandel eintreten.